

## **Teilhabe für Junge Flüchtlinge ermöglichen**

Vor dem Hintergrund aktueller politischer Konflikte und ökonomischer Krisen sind weltweit mehr als 50 Millionen Menschen auf der Flucht - so viele wie seit dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr. Darunter sind derzeit 16,7 Millionen Menschen, die nach völkerrechtlicher Definition als Flüchtlinge gelten.<sup>1</sup> 46 Prozent aller Flüchtlinge weltweit waren im Jahr 2012 Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren.<sup>2</sup> Auch in Deutschland ist die Zahl der Asylanträge gestiegen. Viele Menschen aus Kriegs- und Krisengebieten flüchten nach Deutschland. Darunter sind sowohl unbegleitete Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene als auch solche, die mit ihren Familien zumeist nach einer langen und lebensgefährlichen Odyssee in der Bundesrepublik ankommen. Auch in NRW stehen die Kommunen vor der Herausforderung, angemessene Unterkünfte und Lebens- und Gesundheitsbedingungen für Geflüchtete bereitzustellen.

Wir erleben, wie derzeit die Notwendigkeit, in Lebensgefahr geratenen Menschen Zuflucht zu gewähren, täglich zunimmt. Doch trotz des durch die Verfassung garantierten Rechts auf Asyl und trotz der mittlerweile auch durch die Bundesrepublik vollständig ratifizierten UN-Kinderrechtskonvention müssen wir gleichzeitig feststellen: Statt notwendige Hilfe und Unterstützung zu leisten, werden die Zugangsbarrieren weiter erhöht, findet ein irritierendes Geschacher um die Übernahme von Kosten statt, sind Geflüchtete auch in Deutschland von Verfolgung, Gewalt und Misshandlung bedroht:

- So fand in der Zeit vom 13. bis zum 26. Oktober unter dem Titel „MOS MAIORUM“ und italienischer Federführung eine europaweite Polizeiaktion statt, bei der fast 20.000 Polizist/innen durch intensive Kontrollen an Flughäfen, Bahnhöfen, Autobahnen und anderen öffentlichen Orten Personen ohne Aufenthaltsstatus aufspüren und festnehmen sollten.<sup>3</sup>
- So müssen wir der Tatsache ins Auge sehen, dass es in NRW dazu kommen konnte, dass Geflüchtete in Unterkünften durch unzureichend ausgewählte und dubiose Sicherheitskräfte gequält und misshandelt wurden.

---

<sup>1</sup> <http://www.uno-fluechtlingshilfe.de/fluechtlinge/zahlen-fakten.html>

<sup>2</sup> <http://www.proasyl.de/de/themen/zahlen-und-fakten/>

<sup>3</sup> <http://www.heise.de/tp/artikel/42/42375/1.html>

- So strebt das Land Bayern durch eine Bundesratsinitiative eine Änderung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes an, die nach Einschätzung des Bundesfachverbandes Unbegleitete Minderjährige Flüchtlinge e.V. (UMF) dazu führen kann, dass „die in den letzten Jahren praktizierte Orientierung der Aufnahme von UMF am Kindeswohl im Rahmen der Jugendhilfe in ihr Gegenteil“<sup>4</sup> verkehrt wird und die Aufnahme dieser jungen Menschen „primär nach ordnungspolitischen Vorgaben und fiskalischen Überlegungen organisiert“ (a.a.O) wird.
- So müssen wir zur Kenntnis nehmen, dass sich Kommunen in NRW ihrer Verantwortung zu entziehen versuchen, indem sie unzureichende und unangemessene Unterkünfte als Billiglösungen vorhalten und von diesen Vorhaben bestenfalls dann abrücken, wenn der Druck von Medien und Öffentlichkeit droht, ihr Image zu schädigen.

Als Landesjugendring NRW können, wollen und werden wir dem nicht tatenlos zusehen, sondern uns im Rahmen unserer Möglichkeiten für die Rechte insbesondere junger Geflüchteter einsetzen. Dies beinhaltet neben der politischen Interessenvertretung auch, junge Flüchtlinge als Zielgruppe unserer Arbeit wahrzunehmen.

Die Vollversammlung des Landesjugendrings NRW beauftragt die AG Interkulturelle Öffnung in Zusammenarbeit mit dem Vorstand:

- eine politische Positionierung zur dargestellten Problematik zu erarbeiten und dem Hauptausschuss zur Beschlussfassung vorzulegen.
- Ideen und Beispiele zu sammeln und zu veröffentlichen, wie geflüchtete Kinder und Jugendliche an verbandlicher Kinder- und Jugendarbeit teilhaben können.
- sich ggf. mit anderen Partnerinnen und Partnern dafür einzusetzen, dass die Landesregierung NRW sich im Bundesrat allen Initiativen entgegenstellt, die zum Ziel haben, den unbedingten Vorrang der Jugendhilfe in der Zuständigkeit für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge einzuschränken oder abzuschaffen.
- die Landesregierung aufzufordern, sich für die Integration und die Erleichterung der Teilhabe von Geflüchteten in der Kinder- und Jugendarbeit einzusetzen.

---

<sup>4</sup> [http://www.b-umf.de/images/BundesfachverbandUMF\\_Stellungnahme\\_VerteilungUMF\\_09102014.pdf](http://www.b-umf.de/images/BundesfachverbandUMF_Stellungnahme_VerteilungUMF_09102014.pdf)